

# Änderungsliste zum Haushaltsplan-Entwurf 2010 (Ergebnishaushalt)

Produkt	CDU	Differenz neuer Ansatz	SPD	Differenz neuer Ansatz	dUH	Differenz neuer Ansatz	FDP	Differenz neuer Ansatz	BA	Differenz neuer Ansatz	Bündnis 90/ Die Grünen	Differenz neuer Ansatz	Bürger- anreg.	Differenz neuer Ansatz	Ver- waltung	Differenz neuer Ansatz
<b>000000</b> Allgemeine Anträge 0000000000 Allgemeine Anträge 50 Personalaufwand  <b>Ansatz 2010:</b> <b>Amt:</b> Ansatz 2011: Ansatz 2012: Ansatz 2013:  <b>Antrag Nr. 22, 49</b>						0		0								
		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:		Dafür: Dagegen: Enth.:

Änderung Folgejahre

Antrag der dUH-Fraktion:

Die nächsten 35 freiwerdenden Stellen werden nicht wieder besetzt.

Antrag der FDP-Fraktion:

Im Stellenplan sind zukünftig 1,5 % der ausgewiesenen Stellen abzubauen. Dies betrifft alle Bereich der Verwaltung, ausgenommen die Produkte zu Bildung, Sport und Kultur. Es besteht weiterhin die Notwendigkeit Personalkosten einzusparen. Dazu ist es notwendig, eine Verschlinkung der Verwaltung voran zu treiben. Durch die verstärkte Unterstützung der Beschäftigten auf technischem Gebiet sind in vielen Bereichen Einsparkapazitäten vorhanden.

Hinweis der Verwaltung zum Antrag der dUH-Fraktion:

siehe Anlage zu dieser Liste.

### **Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag Nr. 22:**

Der Antrag ist nicht realisierbar. Es ist – bis auf wenige Fälle von Renteneintritten oder dem Beginn der Passivphase einer ATZ in den nächsten Jahren – nicht vorhersehbar, welche Stellen frei werden. Es können auch längst nicht alle Stellen durch Umsetzungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung wieder besetzt werden. Die Umsetzung des Vorschlages, pauschal die nächsten 35 frei werdenden Stellen nicht wieder zu besetzen, würde in vielen Fällen zu großen Problemen bei der Aufgabenerledigung führen: Erzieher/innen, Sozialarbeiter/innen, IT-Fachkräfte, Ingenieur/innen, Psycholog/innen, Gärtner/innen oder andere Spezialisten können nicht durch Verwaltungskräfte ersetzt werden. Gerade bei diesen Tätigkeiten ist die Fluktuation auch größer als in typischen Verwaltungsbereichen. Daneben ist der Vorschlag auch deshalb nicht zu realisieren, weil durch die Veränderungen bei der ARGE in nächster Zeit bis zu 14 Mitarbeiter/innen von dort zurückkehren können und für diesen Personenkreis im Stellenplan zusätzliche Stellen eingerichtet werden müssen.

Zu den Produkten 010801 und 010804 wird darauf hingewiesen, dass die „klassische“ Personalverwaltung (incl. Leitungsfunktionen und Haushaltssachbearbeitung) lediglich 7,25 Vollzeitstellen umfasst. Damit befindet sich die Stadtverwaltung Hilden auf einem Spitzenplatz im Vergleich mit Städten ähnlicher Größenordnung bzw. mit ähnlichen Beschäftigtenzahlen. Dies wurde auch bei Teilnahme an einem Vergleichsring der KGSt bestätigt. Von den übrigen Stellen werden 12,2 Vollzeitstellen für sogenannte „Springerstellen“ vorgehalten, auf denen Mitarbeiter/innen geführt werden, die zumeist aus gesundheitlichen Gründen die Aufgaben ihrer bisherigen Planstellen nicht mehr wahrnehmen konnten und deren Planstellen mit anderen Mitarbeiter/innen nachbesetzt werden mussten. Die verbleibenden Stellenanteile werden u. a. für die Ausbildungsleitung, die Arbeitssicherheit und die Bearbeitung des Stellenplans benötigt.

Im Sachgebiet Informationstechnologie waren zuletzt 13 Stellen im Haushaltsplan ausgewiesen. Von diesen Stellen wird im Rahmen der Kooperation mit Erkrath und bei entsprechender finanzieller Erstattung durch Erkrath eine Stelle für die IT-Betreuung an Erkrather Schulen bereitgestellt. Eine weitere Stelle in der IT wurde aktuell durch interne Verlagerung innerhalb der Verwaltung abgebaut.

### **Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag Nr. 49:**

Der Abbau von 1,5 % der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen würde bei einer Gesamtzahl von rd. 635 VZK einen Abbau um 9,5 VZK bedeuten. Inwieweit dies durch die angesprochene "verstärkte Unterstützung der Beschäftigten auf technischem Gebiet" realisierbar ist, kann nur im Einzelfall bei Wiederbesetzungsfällen geprüft werden. Angesichts der anstehenden gesetzlichen Veränderungen im Zusammenhang mit der ARGE/den Jobcentern muss aber darauf hingewiesen werden, dass hier je nach Ergebnis bis zu 14 Stellen für "ARGE-Rückkehrer" neu eingerichtet werden müssen. Ein Stellenabbau durch natürliche Fluktuation der Mitarbeiter/innen ist damit für die nächsten Jahre kaum zu realisieren.